

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Sobobor, Ködlig, Bernsdorf, Ködler, St. Egidien, Schirichsdorf, Marienau, Knudsdorf, Ortmannsdorf, Witten St. Niklas, St. Jakob, St. Nikola, Elgersdorf, Lützen, Niederwitten, Rühlschappel und Lirchheim

Amtsblatt für das Agl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichem Amtsgerichtsbezirk

68. Jahrgang

Nr. 21.

Hauptvertriebsort
im Amtsgerichtsbezirk

Freitag, den 25. Januar

Verbreitete Zeitung
im Amtsgerichtsbezirk

1918.

Dieses Blatt erscheint täglich, außer Sonn- und Festtagen, nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Bezugspreis 2 Mk. 40 Pf., halbjährlich 4 Mk. 80 Pf., einjährlich 9 Mk. 60 Pf. Die Post bezogen 2 Mark 80 Pfennig. Einzelne Nummer 10 Pf. Bestellungen nehmen außer den Geschäftsstellen in Lichtenstein, Wiltz, Ebert-Strasse 56, alle Kaiserlichen Postanstalten, Postboten, sowie die Postämter entgegen. Inserate werden bei fünfgespaltener Grundzeile mit 15, für auswärtige Bezahler mit 20 Pf. berechnet. Reklamazeile 45 Pf. Im amtlichen Teile kostet die zweispaltige Zeile 45 Pfennig, für Auswärtige 60 Pfennig. Geschäfts-Anschluß Nr. 2. Telegramm-Adresse: Tageblatt, 1

Lebensmittelversorgung in Lichtenstein.

Auslands-Weißtraut

Montag, den 28. und Dienstag, den 29. Januar im Bahner'schen Grund-
Rath an der Glauchauer-Strasse gegen Vorlegung der braunen und gelben Ver-
bandsmittelliste. Bezahlung vorher im Lebensmittelamt. Auf den Kopf
3 Pfund: 75 Pf.

Montag von	8-9 Uhr	Nr.	1-200	braune Lebensmittelkarten
	9-10		201-400	
	10-11		401-600	
	11-12		601-800	
	2-3		801-1000	
	3-4		1001-1200	
	4-5		1201-1400	
	5-6		1401-Ende	

Dienstag	8-9		1-200	gelbe Lebensmittelkarten
	9-10		201-400	
	10-11		401-600	
	11-12		601-Ende	

Rübenfett

Bezugslebensmittelliste F 7. Auf den Kopf 70 Gramm: 8 Pf. bei G. Richter
in b. Kaufmannverein S. G.

Ausgabe neuer Fleischkarten

gegen Vorlage der Fleischbezugsbandweise

Freitag, den 25. Januar:

Nr. 1-200 vormittags 8-9 Uhr, Nr. 201-450 vormittags 9-10 Uhr,
Nr. 451-700 vorm. 10-11 Uhr, Nr. 701-Schluss vorm. 11-12 Uhr.

Der Ortsnahrungsausschuss für Gallenberg.

Richtpreise für Volleneiweiß.

Der Richtpreis für Volleneiweiß mit einem Wassergehalt von höchstens
68 p. G. beträgt künftig bei Abgabe durch den Hersteller in handelsüblicher
Weise: 80 Mk. für 50 kg.

Die Amtshauptmannschaften und Städte mit Reichlicher Städteordnung
haben für den Verkauf von Volleneiweiß an den Verbraucher unter Berücksich-
tigung der örtlichen Verhältnisse Kleinhändler-Richtpreise festzusetzen und bekannt
zu machen.

Dresden, den 23. Januar 1918.

Ministerium des Innern.

Die österreichische Krisis.

Während in der letztvergangenen Woche in Oesterreich-
Ungarn nicht unwesentliche Dinge vorgegangen sind,
hat man für gut gefunden, die deutsche Öffentlichkeit
in Unkenntnis darüber zu lassen. Die Gründe dieser
Schweigeregeln sind nicht ersichtlich, denn das, was in der
nachbarlichen Romania geistlich ist, läßt sich auf die
Dauer weder verbergen noch geheim halten. Es sind,
gleich vorher gesagt, unerwartete Ereignisse. Die
Arbeiterchaft Oesterreich-Ungarns hat durch unange-
nehme Arbeitsverhältnisse ihrem dringenden Wunsch
nach schneller Herbeiführung eines Friedens mit
Ruhland demonstrativ Ausdruck verliehen. Besonde-
ren Anstoß erregte das durchaus angebrachte Ausre-
ten des Generals Hofmann in Bresch-Litowet her-
vorgehen zu haben. Oesterreichische sozialdemokratische
Abgeordnete sprachen sogar davon, daß bei den Ver-
handlungen in Bresch mit der Faust auf den Tisch ge-
schlagen und mit dem Säbel geschwungen werden würde.
Die Gründe für diese energische Zurechtweisung hat die
demonstrierende Arbeiterchaft und ihre parlamentari-
sche Vertretung offenbar nicht gekannt. Sie hätte sich
einfachen müssen, daß das Ausreten nur die unange-
sängliche Erwiderung auf die niedrigsten Reichsbeschlüs-
se gewesen ist, die von maximalistischer Seite in
die Welt hinaus telegraphiert wurden. Bei allem Ent-
gegenkommen und der größten Zurückhaltung können
sich ein deutscher Generall und deutsche amtliche Ver-
treter der Regierung nicht betretene Ehrensache des Sta-
ters betiteln lassen. Daß ihnen die Bedacht reißt,
ist wohl selbstverständlich. Dieses und noch manches
andere hat die Arbeiterchaft Oesterreichs nicht ge-
wußt. Auch die deutsche Öffentlichkeit hat nur, so-
zuzunehmen, hinterher davon erfahren, weil man auch
hier viele Tatsachen geheim zu halten verstand. Wo-
her? Es handelt sich dabei um das Zehn der Lei-
stetere, das ganz unwürdig annahm und das, wie
man sieht, zu sehr bedeutenden Folgen führte. Man
dieser Angelegenheit wissen sich darin, daß man die deutsche
Regierung ganz ungeradeartigerweise einer un-
rechtmäßigen Hartnäckigkeit beschuldigt und glaubt, daß
durch solches Verhalten die Friedensverhandlungen
ohne Not verzögert würden. Allein die Arbeitsein-
stellung in Oesterreich-Ungarn, die in zum größten
Teil wiederum beendet ist, hat noch eine andere Ur-
sache: man kann sich doch des Mißtrauens nicht erweh-
ren, daß die deutschen Bedingungen den ursprünglich
verhandelten Verhandlungen, einen Frieden ohne Ver-
zichtabtretungen und ohne Entschädigungen nicht ent-

stehen. Daß diese Ansicht aufstehen konnte, lag
einerseits an dem schwankenden Verhalten der deut-
schen Regierung während der Verhandlungen. Sie
hätte immer offen und unerschrocken den Nachhand-
lungsbeton betonen können und unsere Forderungen verlan-
gen müssen. Man darf nicht übersehen, daß durch die
Vorgänge in Oesterreich-Ungarn das System sich
genötigt sah, in Bezug auf Bresch-Litowet sich festzu-
legen und zwar in einer Weise, bei der die Auswärtigen
an Deutschland außer acht gelassen wurde. Im aus-
wärtigen Amt in Berlin finden eingehende Beratun-
gen statt, die den Zweck haben, der neuen Lage
gerecht zu werden. Es ist ohne weiteres klar, daß
nach dem bisherigen Modus kaum weiter so glatt ver-
handelt werden wird, und daß man sich jetzt schon
über die schließliche Lösung klar werden muß. Die
nächsten Tage sollen hier schon die richtigen Wege
weisen. Vor allem die bevorstehende Generalprobe.

Die Generalprobe.

Die „N. N.“ schreiben zu den Vorgängen in
Oesterreich in einem Artikel „Die Generalprobe“ u. a.:
Für die Sicherheit Oesterreich-Ungarns sind darüber
deutschen Stutes gelassen. Und noch stehen gewisse
Fragen an der rumänischen, an der italienischen
Front. Gibt Oesterreich sich jetzt zum Zugestehen her,
wocum die Generalprobe zur Vollstreckung abge-
schaltet wird, dann drängt sich gebieterisch doch die
Frage auf: ist es zu verantworten, daß ein Oester-
reicher an der Spitze auch nur nach ein reichsdeutscher
Feldmarschall verblüht für Ziele, die denn nicht mehr
andere Ziele sind? Weder Italien noch Rumänien
hat ursprünglich feindselige Absichten gegen uns ge-
habt. Scheidet sich Oesterreich in seinen rühmlichen
Kriegszielen von uns, dann ist wahrlich nicht einzuse-
hen, weshalb wir etwa gegen Italien nach die öster-
reichischen Kriegsziele mit deutschem Blute verdrängen
sollten. Ueber diese selbstverständliche Aufgabe ihrer An-
wärter auf Deutschland und seine Militärs werden sich
die Herren Viktor Adler, Renner, Zeig und Gerler
wohl nicht im Zweifel gewesen sein. Und auch die
deutschen Bewunderer und Förderer der österrei-
chischen Politik können darüber nicht im Zweifel
gewesen sein. Es die um Eraberger und die um
Sandschauer gewußt haben, wohn das Treiben ist,
mag kaltschnell bleiben. Die um Schwabmann ha-
ben's gewußt und machen kein Hehl daraus, daß sie
den tödlichen Stacks in deutsch-österreichischen Bünd-
nis, als die beste Förderung ihrer internationalen

Schnelheit, mit Frieden begrüßen. Die um Sand-
mann reiben sich wohl erst heimlich die Hände, daß die
Generalprobe zu dem Versuch, den Frieden mit Rus-
land auf dem Rücken des Deutschen Reichs zu schlie-
ßen, so über Erwarten gelungen ist. Wie die Partei
der Herren Reichsminister über diesen Versuch denkt,
der doch auch recht geschickliche Epochen gegen das Re-
gierungsland birgt, das werden wir in vielleicht ein-
jahren, wenn der Herr Minister sich nur wirklich
zum Reden entschließt.

Värmjungen im Wiener Parlament.

Angestellte auf Deutschland.

Wien, 22. Januar. Die Deutschen und österrei-
chischen Medner kritisierten die Friedensverhandlungen
in Bresch-Litowet. Der Cole Mandulinski sprach auf
die Vorwürfe der Polen angeht die Zielsetzung
des Generals Hofmann und protestierte gegen die
beabsichtigte Übergabe Oesterreichs an das
Polens durch Wegnahme des polnischen Reiches-
tens. Der polnische Sozialdemokrat Desonowski rief
sich gegen die Anweisung, als ob Deutschland Oester-
reich betreten hätte. Eine Oesterreich, die Türkei
und Bulgarien hätte Oesterreich sich der Feinde nicht
erwehren können. Zeig war uns entgegenstimmig,
sind wir Oesterreich in Hilfe gekommen denn Rus-
land hatte in Oesterreich Oesterreich den Krieg er-
klärt? Es hätte ein Ausbruch protestierte ge-
gen die Angliederung österreichischen Gebietes an Polen
Der Sozialdemokrat Adler erklärte: Die Sozialisten
verlangen nicht einen Reich oder das Rumänische,
daß Oesterreich sich vollständig unter Rumänien Oester-
reichs beuge. Wenn man in Berlin ist, für uns ist
Friede wie Erzaburg, dann dürfte man sich nicht
entziehen, wenn Oesterreich ist: für die Erzaburg wie
Friede. Man könne nicht die Kräfte des Reiches
einseitig annehmen. Der Christlich-Sozialer Karna
betonte, auch die christlich Sozialen Händen auf dem
Boden des Verhandlungs-Tisches. Grafen Karna
in der Debatte nahm die Auslandsbewegung ein.

Die politischen Vorgänge in Oesterreich.

Wien, 23. Januar. Laut Reichstag der sozial-
demokratischen Parteiung vom Sozialen sollte am
Dienstag in allen Parteien die Arbeit wieder an-
genommen werden. Dieser Aufforderung ist nicht
vollständig Folge geleistet worden. In den geübten
Betrieben ruhte auch gestern die Arbeit. Ein großer
Teil der Arbeiterchaft, besonders jener, der von den

Mobilisiert gelübt wird, gibt sich mit dem ersten Gegenstand nicht zufrieden und versucht auf eigene Faust den Streit fortzuführen. In einer letzten Versammlung wurden unter der Arbeiterschaft Anträge verteilt, die sehr scharfe Angriffe gegen die Provokation enthielten. Gestern arbeiteten ungefähr 60 vom Hundert der Arbeiterschaft. Man hofft, daß heute die Arbeit in allen Betrieben wieder aufgenommen wird. Die Ruhe wurde nirgends gestört.

Zur Auswanderung in Oesterreich-Ungarn.

Der Auswand in Wien dauert noch teilweise fort. In den niederösterreichischen Industriebezirken ruhte die Arbeit, soweit wir wissen die größeren Betriebe in Frage kamen. In Steiermark feierten die großen Eisenbetriebe, in Kärnten und Schlessien die großen Betriebe der Bekleidungsindustrie. In Brünn veranstaltete die Arbeiterschaft einen einseitigen Demonstrationstreif, um ihre Solidarität mit der Wiener Arbeiterschaft zu beweisen. Aus der Provinz kamen von nirgends der größere Graefie gemeldet. In Prag hat der Generalstreik außer der Arbeitslosigkeit in sämtlichen industriellen Unternehmungen nachfolgende Folgen: Die elektrische Straßenbahn wird Diensttag nicht verkehren. Ebnitzsche Theater, und Kino und Schulen bleiben Diensttag geschlossen. Die Blätter werden nicht erscheinen. Dienstag vormittag fand ein Demonstrationzug statt, an dem gegen 10000 Menschen, hauptsächlich Frauen, teilnahmen. Auch in Billeu wurde ein einseitiger Generalstreik veranstaltet.

Die Forderungen der Wiener Maximalisten

Aus Wien wird gemeldet: In vielen Tausenden von Exemplaren werden gedruckte Flugblätter verteilt, in welchen folgende vier Forderungen aufgestellt werden:

1. Die Friedensdelegierten sind vom Völk zu wählen.
2. An allen Fronten ist sofort Waffenstillstand zu schließen.
3. Das Kriegsministerium und die Militär-

verwaltung sind sofort aufzulösen, alle Festsetzungen des Kriegsrechts und der politischen Freiheit sind abzuschaffen.

4. Friedrich Adler und alle anderen politischen Gefangenen sind sofort freizulassen. Rücktritt der Parteileitung der ungarischen Sozialdemokratie.

Budapest, 21. Januar. Infolge der Haltung eines Teiles der Arbeiterschaft hat sich die Leitung der ungarischen sozialdemokratischen Partei veranlaßt gesehen, korporativ abzuhängen.

Zur Neubildung des Kabinetts Wexler.

Budapest, 21. Januar. Ueber die Rekonstruktion des Kabinetts Wexler verläutet, daß der Minister des Innern, Baron, der Ackerbauminister Mezöcs und der Justizminister Graefel aus dem Kabinettsministerium ausscheiden werden. Als künftigen Ernennungsmittler nennt man den Prinzen Rudolph von Dr. von Koerber bei Kaiser Karl.

Das Schicksal des Kabinetts Seidler dürfte sich entscheiden. Es hat den Sturm von Vins überdauert, wird aber im Parlament einer bürgerlichen Opposition begegnen. Die Christlichsozialen sind entschlossen, Herrn Dr. v. Seidler unter Kollog zu stellen. Aber auch die deutschrechtlichen Parteien werden manches zu sagen haben.

Die Tatsache, daß Dr. v. Koerber von Kaiser empfangen wurde, wirkte als große Sensation. Man rechnete mit der Möglichkeit der Rückkehr des Fürsten unter den österreichischen Staatsmännern. Es wird aber auch der Name Baron Brás wieder genannt.

Eine Mahnung zur Schuld.

Wien, 22. Januar. Der Chef des Generalstabes von Arz machte gegenüber dem Reichsminister der Arbeiterschaft über den Arbeiterausbau und die Forderungen in denen er zunächst erklärte, daß er hoffe, daß es gelingen werde, der Arbeiterschaft die Überzeugung beizubringen, daß weder die Regierung, noch die Parteileitung dem Frieden irgendwelche Hindernisse bereite. Der Friedenswunsch ist bei uns allgemein. Niemand denkt an Eroberungen und Annexionen, während unsere Gegner, besonders die im Westen, noch

weit davon entfernt sind, auf Eroberungen und Annexionen verzichten zu wollen. Am liebsten es einseitig ansetzen. Aber da gibt es Schmiergelder, die die Arbeiterschaft nicht noch etwas Schuld über. Sie darf aber überzeugt sein, daß der beste Wille besteht, bald zum Frieden zu kommen. Der gute Wille ist auf beiden Seiten vorhanden. Die Parteileitung sind nicht unüberwindlich. Nur etwas Schuld würde die Bevölkerung haben.

Friedenshoffnungen sind verfrüht!

Wien, 22. Januar. In einer Unterredung mit dem Kriegsberichterstatter des „Neuen Wiener Tagblattes“ wies Generalstabeschef Freiherr von Arz auf die Unmöglichkeit der Zurückziehung der Truppen auf dem besetzten Gebieten hin und ein der Unterredung teilnehmender Offizier sagte zur Erläuterung bei, daß der größte Teil der russischen Truppen, die in dem nach dem Gegner die besten Beispiel Disziplin ihre Schanzgräben verlassen haben, und daß Kämpferorden und russische Karabine gebildet sind, die sehr langsam und plündernd die Weichen durchziehen. Der Generalstabeschef verwies jedoch darauf, daß die übrigen Truppen noch keinen Schritt zum Frieden getan haben. Rumänien kränkt sich heilig gegen den Eintritt in Friedensverhandlungen. Italien dringt noch immer von der Angliederung von Triest und Lient. Mit keinem Wort habe die Entzute bisher die Selbstständigkeit der Rückgabe der deutschen Kolonien betont. Aus allen diesen Gründen erörtern so viele die Arbeiterschaft, die hochgeputzten Friedenshoffnungen, die sich in den letzten Wochen in der Bevölkerung verbreitet haben, verfrüht.

Hindenburg und Ludendorff wieder in Berlin.

Berlin, 22. Januar. (Amst.) Zum militärischen Vertrag bei Seiner Majestät dem Kaiser sind Generalstabschef von Hindenburg und der Erste Generalquartiermeister General Ludendorff heute früh in Berlin eingetroffen.

Kurze wichtige Nachrichten.

Wien, 22. Januar. Infolge der Sektionschef im Kriegsministerium, der frühere Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, Generalstabeschef Franz v. Höfer, plötzlich gestorben.

Aus Wien wird gemeldet: Die deutschen Maximalisten des Agencordements haben bei Moskau, sich zu einem Verbande zusammenzuschließen, der den Namen führt: Verband der deutsch-nationalen Parteien im österrösterreichischen Kriegszustand. Der neue Verband zählt 91 Mitglieder.

Das dem „Kontin“ beistehende Verzeichnis der italienischen Industriellen für die Herstellung von Munition wegen Mangels an elektrischer Kraft an zwei Tagen in jeder Woche den Betrieb einzustellen.

Neuer wetter aus Washington: Die niederländische Regierung hat sich beschließen, die 80 in amerikanischen Häfen liegenden holländischen Schiffe an die Vereinigten Staaten zu vermieten, jedoch sollen die Schiffe nicht nach dem Kriegszustand verfrachtet werden. Darüber wird sich Amerika laut Verheißungen machen lassen.

Die von Charlton nach Volsawa abgeordneten Abteilungen des Sowjets führten eine Schlacht gegen die Truppen der Naba von Wien. Die Truppen der Naba wurden vollkommen geschlagen.

Der Kommandant der Schwarz Meer Flotte, Admiral Komet, soll, wie verschiedene Blätter melden, dem ukrainischen Generalstabschef mitteilt haben, daß er die ukrainische Regierung offiziell anerkenne.

Die Petersburger „Stavka“ meldet, daß Truppen unter allen Umständen am 27. Januar nach West-Polen zurückkehren werde.

Der Pariser „Reval“ meldet aus Kiew, daß der neue amerikanische Staatsrat eine erste Teilberatung für Erwidmung von Beziehungen auf den Philippinen enthalte.

Lord „Ramsay Eblin“ kamet seneedings in Vatikan und Umgebung zahlreiche Todestfälle an. Bei der in Vatikan berichtete die asiatische Götter.

Nach einer Madrid Telegramm wird die Erklärung des Generalstabs in ganz Spanien bevor. In Barcelona ist ein Tag für Tag schwerer Ausbruch in den Kaffeehäusern. Die Kassen und Kaffeehäuser werden geschlossen.

„Service“ schreibt, in einzelnen französischen Arbeiterzentren herrsche eine einseitige Stimmung. Man hält den Zeitpunkt der Weltrevolution für gekommen.

Die Lage in Russland bleibt dauernd kritisch. Ein Groß der russischen Volkskommissare wendet sich gegen die drohende Erhebung in der russischen Landflucht, wo die Volkswirtschaft nicht über ausreichende Kräfte verfügt. Es wird angenommen, daß die Petersburger Regierung den Volkswirtschaft nicht mehr blindlings erlauben kann. Bedenklich ist auch die andauernde Verdrängung der Lebensmittel.

Die in Yagosa eingetroffenen Blätter sprechen die Vermutung aus, der am Montag in Wien eingetroffene Lord Robert Cecil wolle mit der Türkei in Verhandlungen treten.

Am Zusammenhänge mit dem Fall Caillaux sind in Paris neue Verhaftungen vorgenommen worden, über die die Behörden strenges Stillschweigen bewahren.

Durch einen Erlass des griechischen Königs sind neuerdings wegen Unzuverlässigkeit (An Nö, als Konstantin) 68 Offiziere, 19 Oberleutnants, 15 Majore, 116 Hauptleute, 2 Oberleutnants und 2 Leutnants der verschiedenen Bataillone aus der Armee ausgeschlossen worden.

Im Moskauer Industriebezirk haben 31 Textfabriken mit 136000 Arbeitern und 224 mechanische Werkstätten mit 120000 Arbeitern den Betrieb einstellen müssen. Gegenwärtig sind über 230000 Arbeiterlose vorhanden. In nächster Zeit müssen weitere 111 Werke mit 108000 Arbeitern den Betrieb einstellen.

Nach einer Meldung der „Agentur Wills“ ist in der Türkei die Aufhebung des Belagerungszustandes mit Ausnahme der Kriegszone erfolgt.

Von den Kriegsschauplätzen.

Der deutsche Generalstabesbericht.

Großes Hauptquartier, 21. Januar 1918. (Amst.)

Westlicher Kriegsschauplatz
Deeregruppe Kronprinz Rupprecht
Nach an der ganzen landseitigen Front war am Nachmittage der Feuerkampf abgeklungen. Auch südlich von der Scarpe lebte die Geschützartillerie wieder auf. Bei St. Quentin wurden bei erfolgreicher Durchdringung zahlreicher Erdstößen Gefangene eingebracht.

Deeregruppe Deutscher Kronprinz

Nördlich von Souain und nördlich von Avesnes: Solcher starker Feuerwirkung französische Vorstöße. In heftigen Kämpfen wurde der Feind zurückgeschlagen. Eigene Infanterieabteilungen drängen südlich von Malancourt in die feindlichen Gräben und leichten mit einer Anzahl von Gefangenen reich. Feindlichen Panzern und Trues nahm die Artillerietätigkeit am Abend zu.

Westlicher Kriegsschauplatz

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Italienische Front.

In beiden Seiten der Brenta Artilleriekämpfe.

Der Erste Generalquartiermeister.

Ludenow rff.

27000 Tonnen versenkt.

Berlin, 22. Januar. (Amst.) Unsere U-Boote waren kürzlich mit besonders gutem Erfolge gegen den Transporthandel nach Italien und dem Orient tätig. 7 Torpedos und 2 Sealer mit rund 27000 Bruttotonnen sind ihren Angriffen zum Opfer gefallen. Den Hauptanteil an diesen Erfolgen hat Kapitänleutnant Beder (Frank).

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Deutsches Reich.

Berlin. (Milderung des Belagerungszustandes.) Die Erörterung im Unterhaus führte zu dem Be-

schluß, das Gesetz über den Kriegszustand vom 4. Dezember 1917 dahin abzuändern, daß gegenüber den Anordnungen der militärischen Befehlshaber eine militärische Zentralinstanz als Aufsichtsstelle errichtet wird, und als besondere Weisungsstelle ein Senat des Reichsmilitärgerichts, bestehend aus vier zivildienstlichen und drei militärischen Mitgliedern, ferner in einer Entscheidung, den Reichsanwalt zu ernennen, für die Entscheidungen der militärischen Befehlshaber näher bezeichnete Richtlinien aufzustellen.

Das Gesetz über den Kriegszustand vom 4. Dezember 1917 dahin abzuändern, daß gegenüber den Anordnungen der militärischen Befehlshaber eine militärische Zentralinstanz als Aufsichtsstelle errichtet wird, und als besondere Weisungsstelle ein Senat des Reichsmilitärgerichts, bestehend aus vier zivildienstlichen und drei militärischen Mitgliedern, ferner in einer Entscheidung, den Reichsanwalt zu ernennen, für die Entscheidungen der militärischen Befehlshaber näher bezeichnete Richtlinien aufzustellen.

Aus Nah und Fern

Pichtenstein, 21. Januar 1918.

Dauernde Papierjammung! Für die Bedürfnisse der Verwaltung wird von jetzt ab erneut Zeitungspapier abgenommen und in allen Schulen und bei den von den Gemeindeverwaltungen beschickten Dienststellen dauernd angenommen. Die Sammelstellen werden durch einen Anschlag gekennzeichnet. Das Material ist deutsche und bündnisgenössische Zeitungen und bringt damit zum Ausdruck, daß allerlei Zeitungspapier angenommen wird. Es ist dringend ersucht, daß alles zusammen gebracht wird, was an Zeitungspapier in den Haushaltungen angenommen lagert. Der Bedarf ist groß und die Erfüllung des Bedarfs und Staatsangehörigkeit der Zeitungen sind vollkommen gleichgültig. Der müde Soldat schläft auf französischen und englischen Zeitungen ebenso gut wie auf den „Freigen“ den der deutschen Antipresse. Wer sich durch Eisen und Erzola besonders hervorruft, erhält ein Gedenkblatt.

Schlüßengrabencrui — aus Champagne!

Wir werfen unser Leben dahin für unsere nationale Freiheit. Was sollen Euch da noch Gold und Diamanten im Schrein?

Die hiesige Sparkasse nimmt jederzeit Gold und Schmuck an. Besonders sei noch hingewiesen auf die von Zeit zu Zeit stattfindenden Goldankaufstage.

Ministerielle Verordnung über das Wohnungswesen.

Zur Regelung der Zentralstelle für Wohnungsfürsorge hat das Ministerium des Innern am 2. Januar 1918 eine neue Verordnung über das Wohnungswesen erlassen. In ihr wird den Gemeinden die Einführung öffentlicher Wohnungsnachweise mit Weisung dringend empfohlen. Ueber den Erfolg soll bis 1. Juli berichtet werden. Von dem Ergebnis wird es abhängen, ob und inwieweit der gesetzlichen Regelung der Wohnungsnachweise näherzutreten ist. Weiter werden die Gemeinden angehalten, den Bedarf von Bauarbeiten und Arbeitern dem Ministerium anzuzeigen. Wenn der Geldschonung erwartet das Ministerium, daß die Gemeinden die Hilfe der Land-Staatsrentenbank in Anspruch nehmen. Die Bezeichnung geeigneten Landes zu mäßigen Preisen, namentlich durch die Gemeinden wird dringend empfohlen.

Stellen. V. Händlung be. von Land tritt das Kleinwohn...
tagt Er. Januar, so...
berung de...
Die...
wird für...
Schüler...
Pot...
Landbesitz...
Die...
Za...
laufenden...
Oktober 19...
immer nicht...
geschaffen...
Hilft. Die...
Kommuna...
alle...
verbet nicht...
triebe wer...
nabher...
die entrieg...
den Bedar...
fien zu er...
Bernst...
ter...
Über...
Einbrud...
Bei der...
Frei und...
erbetet...
Verbrede...
nen in...
Tuc...
Januar...
erdröck...
barbes...
Cod...
170...
Chem...
Kugeln...
Tage der...
abstatten...
stättigen...
entw...
Dre...
idru...
leuen...
Beinde...
von...
toll in...
Dre...
am...
wes...
Stollen...
1915...
mit...
Berat...
wer...
wies...
Gesch...
Kret...
Dre...
Nach...
fabrik...
Kau...
von...
Gro...
rot...
Krieg...
Dre...
Feld...
Schwe...
120...
tel...
Zö...
Zrabe...
ein...
Leip...
nach...
seiner...
G...
St...
in...
Leip...
Thoma...
net...
W...
wer...
Rec...
ten...
fabrik...
jede...
Rec...
ländlich...
29...
F...
Wal...
Staat...
Numm...
Der...
nach...
Frau...
fall...
fall...
fall...

Welche Steuern muß ich während der Dienstzeit zahlen?

II.
(Schl.)

4. Einspruch gegen die Veranlagung und Berufungsstellen.

Ein großer Teil der Kriegsteilnehmer wird nach dem oben Gesagten in der Mehrzahl der Bundesstaaten überhaupt keine Steuer zu bezahlen haben. Bei denjenigen jedoch, die auch während des Krieges zu Steuerleistungen herangezogen werden, mögen die Angehörigen, denen die Veranlagung zugestellt wird, dafür Sorge tragen, daß die Steuerbehörde von der Kriegsteilnehmerstellung des Steuerzahlers unterrichtet wird, falls aus der Veranlagung nicht schon hervorgeht, daß sie davon Kenntnis hat. Vielfach weiß die Steuerbehörde ja nichts davon, und so kann es kommen, daß schließlich Militäreinkommen oder steuerfreies Zinsenkommen zur Veranlagung herangezogen wird. In einigen Bundesstaaten, so in Preußen, Württemberg, Sachsen-Weimar, Anhalt, Sachsen-Coburg-Gotha, Sachsen-Meiningen, Lippe-Deimold, Schaumburg-Lippe und Lübeck, trägt die Veranlagung für Kriegsteilnehmer den Vermerk "Kriegsteilnehmer"; es ist also darauf zu achten, ob auch die Veranlagung mit diesem Vermerk versehen ist.

Die Tatsache der Kriegsteilnehmerstellung hat neben der Steuererleichterung, auch in der Regel Einfluß auf die Frist für etwaige Einsprüche und Berufungen gegen die Veranlagung.

Während nämlich in Preußen, Oldenburg, Sachsen-Weimar, Braunschweig, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha (hier für Einkommen über 2000 Mark), Sachsen-Meiningen, Lippe-Deimold, Schaumburg-Lippe, Schwarzburg-Rudolstadt und Lübeck die Frist für die Einlegung eines Einspruchs oder Wobens, in Mecklenburg einen Monat, im Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha für Einkommen unter 2000 Mark zwei Wochen, in Sachsen-Meiningen allgemein 14 Tage, im Königreich Sachsen drei Wochen nach Zustellung der Veranlagung beträgt, in Hessen innerhalb der beiden ersten Monate des Steuerjahres (April-Mai) Berufung erfolgen kann, und in Rußl. d. h. die Frist jeweils bis zum 15. Juni läuft, braucht während des Krieges die gesetzliche Frist für die Einlegung des Einspruchs nicht wahrgenommen zu werden, so daß die Möglichkeit gemahrt bleibt, die Veranlagung auch später d. h. nach Beendigung der Kriegsteilnehmerstellung bezw. des Krieges, anzufechten. Das Gleiche gilt für Angehörige mobiler Truppenteile. In Bayern ist für Kriegsteilnehmer die Frist für Einlegung einer Berufung oder eines Einspruchs auf sechs Monate nach Beendigung der Kriegsteilnehmerstellung verlängert. In Württemberg, wo die Beschwerdefrist zwei Wochen beträgt, sind zwar Ausnahmen für die Kriegsteilnehmer nicht gemacht doch werden Anstandslos vom Königl. Steuerkollegium, Abteilung für direkte Steuern, aus Billigkeitsgründen in weitgehendem Maße berücksichtigt. Das Gleiche geschieht in Schwarzburg-Rudolstadt, wo die Beschwerdefrist vier Wochen beträgt, durch das Ministerium, Abteilung der Finanzen. Auch Baden, Hamburg, Bremen, Lübeck und Elsaß-Lothringen kennen keine besondere Fristverlängerung, erkennen aber die tatsächliche Behinderung des Kriegsteilnehmers an und werden auch verspäteten Einspruch nicht ablehnen.

Schlieflich ist noch darauf hinzuweisen, daß nach reichsgerichtlicher Bestimmung die Zwangsverhaftung gegen Kriegsteilnehmer teils ganz unzulässig ist, teils gewissen Beschränkungen unterliegt.

Uebersicht

Aber die bei den Sparkassen der Amtshauptmannschaft Glauchau im Monat Oktober 1917 erfolgten Ein- und Rückzahlungen.

St. der Rasse	Einzahlungen		Rückzahlungen		Einf. ges. auf %
	Anzahl	Betrag Mark	Anzahl	Betrag Mark	
Gallberg	829	258475	268	128881	3 1/2
St. Egidien	358	29101	122	39557	3 1/2
Gezsdorf	314	32005	186	18582	3 1/2
Glauchau	2402	158337	1419	148014	3
Hohenheim-E.	1758	224909	1005	173453	3 1/2
Hörsdorf	128	36289	87	34900	3 1/2
St. Marien	1310	23757	738	106437	3 1/2
Wernitz	1361	460252	958	163700	3 1/2
Wittenberg	108	20374	59	1948	3 1/2
Überzandt	189	42076	138	24366	3 1/2
Waldenburg	446	96493	288	50468	3 1/2

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

Dresden, den 23. Januar 1918.

Zur Beratung stand der gesamte Kulturstreit. Hierbei nahm der Abg. Lange (Soz.) Gelegenheit, die schärfste Schulpolitik als rückständig zu bezeichnen, das wolle sich auch auf den sächsischen Hochschulen bemerkbar. So sei als Nachfolger des Prof. Bücher ein Mann berufen worden, der im Dienste der Schwermultrie stehe.

Staatsminister Dr. Dr.-Ing. Bed. wendet sich energisch gegen die Ausführungen des Abg. Lange. Er habe geglaubt, auf einen ganz anderen Gang seiner Ausführungen hoffen zu dürfen. Gerade Sachsen habe sich jederzeit mit seinem Schulwesen und mit der Ausbildung der Arbeiterschaft an die Spitze der Bundesstaaten gestellt. Dies wolle auch ganz besonders bezüglich der Förderung der Fortbildungsschulen. Die Ausführungen des Abg. Lange seien ihm geradezu rätselhaft und er müsse aufs Schärfste hiergegen protestieren. Wenn der Abg. Lange darauf hinwies, daß infolge der tüchtigen Ausbildung unserer Schuljugend es möglich gewesen sei, die russischen Massen aufzubringen, so habe er ja gerade den besten Beweis für unser ausgezeichnetes Schulwesen erbracht. Der Lehrerschaft sei wiederholt hierfür der Dank ausgesprochen worden, und zwar auch durch Se. Majestät den König. Zur Freimachung der notwendigen Lehrkräfte sei das Kultusministerium oftmals beim Kriegeministerium vorstellig gewesen. Wenn diese Wünsche nicht berücksichtigt werden könnten, dann seien militärische Gründe hierfür maßgebend. Ferner habe das Kultusministerium dafür Sorge getragen, daß den kleinen Gemeinden Lehrkräfte zuzuschießen werden. Schließlich bringe aber der Abg. Lange seine Wünsche

einmal beim Rate zu Leipzig an, dem er ja als Mitglied angehört. Im übrigen wolle der Abg. Lange nach seiner zehn jährigen Erfahrung als Landtagsabgeordneter wissen, daß das Kultusministerium nicht geschickter handeln dürfte. Daß die Durchführung eines neuen Schulgesetzes jetzt nicht möglich sei, habe der Abg. Lange selbst zugegeben. Infolgedessen wäre es auch nicht notwendig gewesen, diese Frage hier anzuschneiden. Die Bemerkung des Abg. Lange über die Veranlagung des Prof. Bücher an die Universität Leipzig wolle er auf das Schärfste zurückweisen. Im übrigen habe er die Ausführungen des Abg. Lange über diese Frage bereits im Dezember in der Leipziger Volkszeitung gelesen, genau die er gleichfalls auf des Schärfste protestieren wolle. Es sei schlecht angebracht, eine Behauptung der Universität, die eben antreten solle, und die eine hervorragende Herde der Hochschule sei, schon vorher in dieser Weise herabzusetzen. Es sei dies geradezu eine Beleidigung der Universität. Die Vorschläge der Fakultät würden von dieser jederzeit nach bestem Wissen und Gewissen gemacht. Im übrigen sei die Bezeichnung des Lehrstuhls mit großen Schwierigkeiten verbunden gewesen, weil zahlreiche Professoren und Dozenten unter den Fächern stehen. Die Regierung führe ihre Berufungen jederzeit im Einvernehmen mit der Fakultät aus und habe zunächst mit Professor Diegel in Bonn verhandelt. Dieser sei jedoch in seiner Stellung verblieben. Die Leipziger Volkszeitung habe demnach die tolle Unwahrheit gesprochen; denn sie sage, die Regierung habe sich nicht einmal die Mühe genommen, mit einem anderen Gelehrten zu verhandeln. Die Verhandlungen hätten dann zur Berufung des Geh. Hofrates Professor. Buchl in Frankfurt geführt. Das Urteil der Fakultät wolle der Regierung maßgebender sein als das des Abg. Lange oder das der Frankfurter Zeitung. Professor Buchl sei früher wissenschaftlicher Hilfsarbeiter bei der Handelskammer in Leipzig und dann dort Vizepräsident gewesen. Für seine Bedeutung spreche die Tatsache, daß er 1915 zum Rektor der neuen Universität Frankfurt berufen worden sei. Man ersehe hieraus, in welcher Weise die öffentliche Meinung beeinflusst werde, und zwar nicht nur durch die Presse, sondern auch hier. (Lebhafter Beifall)

Der Redner der Konserverativen, Abg. Dr. Philipp wendet sich auch lebhaft gegen die Ausführungen Langes und sprach in seinen weiteren Ausführungen dem Kultusministerium und der Lehrerschaft den Dank für ihre hingebende Tätigkeit aus. Er unterzog verschiedene Maßnahmen und Bestrebungen auf dem Schulgebiet der Kritik und betonte, bei den schweren Schädigungen, die unser Schulwesen durch den Krieg erlitten habe, müsse alles daran gesetzt werden, einen Niedergang unserer Kultur zu vermeiden.

Abg. Dr. Seifert (natlib.) behält sich ein Eingehen auf die Ausführungen des Vortragners für später vor, wenn der von seiner Fraktion eingebrachte Antrag zur Beratung komme. Abg. Dr. Philipp habe vieles gesagt, dem er zustimmen könne. Notwendig sei, daß die Regelung unseres gesamten Bildungswesens sobald als möglich in die Wege geleitet werde. Es sei beklagenswert, daß jetzt so viele Lehrstellen nicht besetzt seien. Und man müsse der Regierung dafür dankbar sein, daß sie ihr möglichstes getan habe, um den Mangel an Lehrkräften abzustellen.

Nach einer weiteren Aussprache, an der sich Staatsminister Dr. Bed., sowie die Abg. Koch (fortschr.), Rißke (Soz.), Seger (unabh. Soz.), Rengsch (kons.), Dr. Höpfer (natlib.) usw. beteiligten, wurden die Kapitel teilweise gegen die Stimmen der Sozialdemokraten genehmigt.

12. Sitzung: Donnerstag mittags 12 Uhr.

Gewerbe-Verein

heute Freitag, den 25. Januar a. c. abend 7/9 Uhr im Vereinslokal

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Richtigsprechen der Vereinskasse und der Schulsteuerrechnung. 3. Ansprache über eine Zuschrift der Gewerbestammer. 4. Sonstige Angelegenheiten.

Zahlreichem Besuch steht entgegen
Der Vorstand.

Ein starkes Arbeits-Pferd

zu verkaufen.
Dohndorf, Vereinigfeldstr. 2

Abfahrts-Schneie

für aus dem Arbeitsverhältnis tretende Personen hält vorrätig die „Tageblatt-Druckerei“.

Donntag, den 27. Januar abend punkt 8 Uhr

im Saale des „Goldenen Helm“ zur Mitfeier des 59. Geburtstages Sr. Majestät des Deutschen Kaisers Wilhelm II.

öffentlicher Volksabend mit Lichtbildervortrag „Unserer Auslandskreuzer Ruhm und Ende“.

Eintritt frei! (Vortragender: Herr Oberlehrer Schramm) Eintritt frei!
Am Saalaustrag werden Gaben für den Ostbayerischen Heimatbund angenommen.
Junge und Alte, Männer und Frauen aller Stände ladet herzlich ein
Der Festausschuss.

Milchvieh- u. Zugochsen-Verkauf!

Donntag, den 27. bis. Wts. stehen wieder frische Transporte von ca. 50 Stück prima frischmelkende und hochtragende

Kühe und Kalben und sprungfähige Zuchtbullen.

sowie **1a bayrische Zugochsen**

mit guten Formen und Gängen sehr preiswert in meinen Stallungen zum Verkauf.

Keitere Ochsen nehme ich zu höchsten Preisen in Tausch.
Paul Gerold, Zuchtvieh-Import Zwickau, Hermannstr. 7, am Bahnhof
Fernsprecher 1028. Fernsprecher 1028.

Trauer-Schleifen

werden sauber und schnell bedruckt bei
Otto Koch & W. Pester.

Ihre heute vollzogene Kriegstraueung zeigen hierdurch an
Edmund Bönsch
Lehrer an der Flugschule Graudenz,
Elfriede Bönsch
geb. Liedloff.
Graudenz, Lichtenstein, den 24. Januar 1918.

Für die so zahlreichen Beweise der Liebe und Teilnahme beim Heimgehe unseres lieben Töchterchens
Ilse
sagen wir allen unseren
herzlichsten Dank.
Familie **Otto Vogel.**
Lichtenstein, den 24. Januar 1918.

DANK.
Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben Mutter, Großmutter und Schwester
Marie verw. Held
drängt es uns, allen Nachbarn, Freunden und Bekannten für die liebevolle Teilnahme
herzlich zu danken.
Gallberg, den 24. Januar 1918.
Die trauernden **Kinder, Enkel und Schwester.**